



## Regierungsratsbeschluss vom 07. Januar 2020

Interpellation Nr. 142 Pascal Messerli betreffend Schutz vor religiösem Fundamentalismus; schriftliche Beantwortung

---

P195555

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

### **Begründung**

Die Nutzung des öffentlichen Grunds ist im Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) vom 16. Oktober 2013 und der dazugehörigen Verordnung (NöRV) vom 14. Februar 2017 detailliert geregelt. Unter § 49 «Verteilen von Drucksachen» ist genau definiert, welche Vorschriften für das Verteilen von Drucksachen gelten. Dem Regierungsrat ist der Schutz der Bevölkerung vor radikalem Fundamentalismus ein wichtiges Anliegen. Alle vorhandenen Instrumente von Prävention und Repression werden genutzt und die verantwortlichen Fachstellen sind in regelmässigem Austausch. Grundsätzlich ist aber auch festzustellen, dass die Meinungsfreiheit und die Religionsfreiheit hohe Güter in einer Demokratie sind. Sie sind auch dann zu schützen, wenn die verbreiteten Inhalte nicht immer geteilt werden.

